

09
18

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden



EDITORIAL

von Thomas Feske

Wer erinnert sich noch an Ursula Engelen-Kefer? Mir ist die ehemalige Vizechefin des DGB aus den Zeiten in Erinnerung, als das Thema Soziale Gerechtigkeit alles andere als en vogue war. Es war die Zeit der Blairs und Schröders, der Flexibilisierungsjünger, der Sozialstaatzerstörer. Damals saß Engelen-Kefer als DGB-Vertreterin und SPD-Vorstandsmitglied in unzähligen Talkshows und erschien mit ihrer Forderung nach sozialer Sicherheit wie ein Relikt einer untergegangenen Gesellschaft, eine Ewiggestrige. Soziale Gerechtigkeit – das war was für die Mottenkiste. Und heute? Den sozialen Verwerfungen der letzten Jahre sei „Dank“ – der Ruf nach Chancengleichheit ist wieder in Mode. Die Existenz der LINKEN ist Ausdruck dessen.

Faszinierend wie sehr der Zuspriech zur Forderung nach sozialer Gerechtigkeit konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt ist. Ähnliches zeigt sich bei Klimawandel und Flüchtlingspolitik – alles eine Frage der Großwetterlage.

Alles? Nein, nicht alles. Es gibt eine Haltung, die dieser Gesellschaft in die DNA geschrieben scheint: die Ablehnung des Krieges. Hatte Brecht also Unrecht als er vor der „Abgestumpftheit“ gegenüber der Kriegsgefahr warnte, deren „äußerster Grad [...] der Tod“ sei, und notierte, wie wenig die Meisten gegen einen neuen Krieg tun würden? Nein, denn dem inneren Unwillen fehlt viel zu oft die politische Tat, das simple Votum für die Vernunft auf der großen politischen Bühne. Diese aber betreten die Kriegstreiber, Säbelrassler. Wenn Tobias Pflüger in dieser Ausgabe „Diplomatie statt Säbelrasseln“ fordert, Ruslan Yavorski fragt, warum der Russe böse sein sollte, André Schollbach die militärische Nutzung des Dresdner Flughafens beleuchtet, dann ist es unser Versuch, „der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen“ – nicht zuletzt am 1. September vor der Altmarktgalerie.

Diplomatie statt Säbelrasseln!

von Tobias Pflüger

Ursula von der Leyen will für die Bundeswehr alles auf einmal: Sie will die Gesamt-Bundeswehr aufstocken, will mehr Menschen rekrutieren (dazu gibt es nun die vierte You-Tube-Serie in Folge), die Landes- und Bündnisverteidigung wird umdefiniert, dass darunter auch Auslandseinsätze u.a. im NATO- und EU-Gebiet fallen, das soll dann erheblich ausgebaut werden und die Auslandseinsätze wie Afghanistan und Mali sollen hochgefahren werden.

Das alles kostet dann natürlich Geld. Im Falle der kürzlich beschlossenen Aufstockung des Verteidigungshaushaltes im Jahre 2018 und 2019 sind allein die nackten Zahlen erschreckend: 38,5 Milliarden Euro schwer wird er 2018 sein, 2019 wird er dann schon bei 42,9 Milliarden Euro liegen. Im Windschatten der Forderungen des US-Präsidenten Trump, der auch hier lautstark fordert und krakelt, rückt die Bundesregierung immer näher an die Forderung der NATO heran, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Militärisches auszugeben. Selbst, wenn es bei den aktuell angestrebten 1,5 % der Bundesregierung bleibt, heißt das, dass bis ins Jahr 2024 ganz konkret 60 Milliarden Euro in die Töpfe des Militärs und der Rüstungsindustrie fließen.

Man möchte gar nicht anfangen zu rechnen, für wie viele Kinder man über Jahre hinweg Kita-Plätze ausfinanzieren könnte oder für wie viele tausend zusätzliche Pflegekräfte man in Deutschlands Krankenhäusern mit diesen unvorstellbaren Summen sorgen könnte.

Stattdessen präsentiert Verteidigungsministerin von der Leyen ein Schreckensszenario nach dem anderen, um die Milliarden zu rechtfertigen. Deutschland möchte für die Drohgebärden in Richtung Russland die Speerspitze sein. Dafür wird ein neues NATO-Kommando in Ulm geplant, um schnell Truppen für den Aufmarsch nach Osten auszurüsten, versorgen und befehligen zu können. Anstatt alles zu tun, um die Konflikte mit Russland zu entschärfen, dreht die Bundesregierung mit an der Eskalationsschraube. Damit muss Schluss sein, statt Säbelrasseln braucht es Diplomatie!

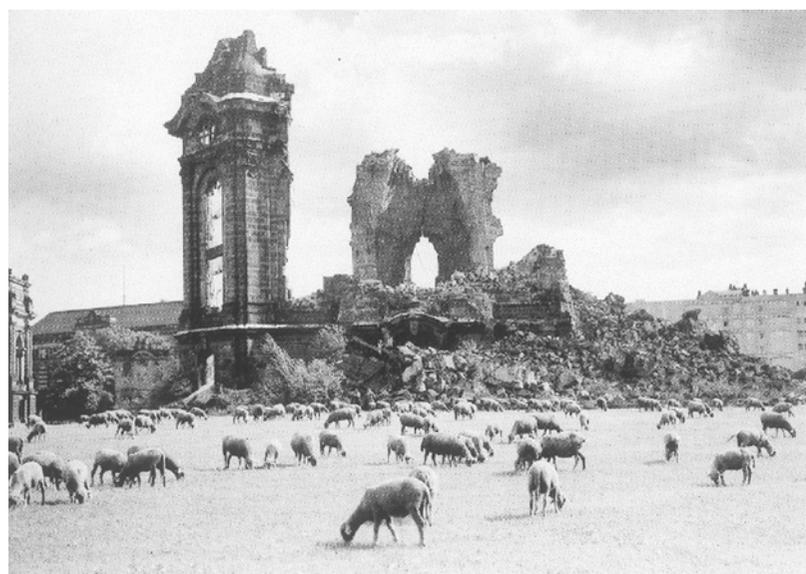


Foto: Freunde der Dresdner Frauenkirche in München e. V.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr nehmen indes nicht ab, im Gegenteil: die Missionen in Afghanistan und in Mali wurden personell aufgestockt und bleiben hochgefährlich. Der Auslandseinsatz in Litauen (Enhanced Forward Presence) wird von der Bundesregierung dem Bundestag gar nicht erst zur Mandatierung vorgelegt, er gilt als einsatzgleiche Verpflichtung. Hinzu kommen (auch auf intensives Drängen der Bundesregierung) neue Missionen unter EU-Flagge.

Stichwort EU: mit dem Projekt PESCO wird gerade die europäische Zusammenarbeit unter 26 EU-Staaten intensiviert. Das ist nichts anderes, als der weitere Ausbau der EU zur effektiven Militärmacht.

Die Waffen und Rüstungsgüter, die die Bundeswehr anschafft, so ist es auch den Unterlagen der einzelnen Beschaffungsprojekte zu entnehmen, sollen auch in den Export. Rüstungsexporte sind daher die dunkle Seite der Beschaffungen der Bundeswehr. Und Waffen aus Deutschland finden sich auf dem ganzen Globus. Am berüchtigtsten waren im vergangenen Jahr sicherlich die Leopard-Panzer von Rheinmetall, die den völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf die

kurdischen Gebiete in Nordsyrien anführten und Tod und Zerstörung hinterließen. Weniger präsent, aber genauso tödlich: Kleinwaffen und Munition wurden 2017 im Wert von 42,7 Millionen Euro exportiert u.a. vom Hersteller „Heckler und Koch“.

Als LINKE fordern wir zudem ein Ende der „nuklearen Teilhabe“ und den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Bundesregierung muss dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten. DIE LINKE kämpft für den Frieden und wir wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Wir wollen eine starke Friedensbewegung, und arbeiten als LINKE in der Friedensbewegung mit. Der Antikriegstag / Weltfriedenstag am 1. September ist dafür ein guter Tag, um deutlich zu machen: wir wollen abrüsten statt aufrüsten!

Tobias Pflüger ist stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN

Warum soll der Russe böse sein?

Manche politischen Feindbilder bleiben über Jahrhunderte erhalten und werden bei Bedarf und Notwendigkeit der Öffentlichkeit als einzige Wahrheit erneut präsentiert. Das beste Beispiel dafür ist das aktuelle Russlandbild, wie es von dem Mainstream Medien beinahe unisono gemalt wird.

von Ruslan Yavorski

Heute verliert der transatlantische Raum an Macht. Sein Untergang wird von hemmungsloser Brutalität unter dem Motto „Krieg gegen den Terror“ begleitet. Es folgen zahlreiche illegale Kriege und „Regime Changes“. Viele Länder und Regionen werden durch diese Kriege destabilisiert und ins Chaos gestürzt. Ganz zu schweigen von Millionen von zivilen Kriegsopfern, Hungersnöten, Leid und nicht abschätzbaren Spätfolgen wie Einsatz von Bomben mit angereichertem Uran. Eine gravierende Folge der Kriege ist auch die Massenmigration. Mit ihren Auswirkungen sehen sich vor allem die europäischen Bürger konfrontiert. Im Zuge des globalen Machtverlustes verwenden die transatlantischen Eliten alle Machtmechanismen, um die meisten Weltregionen auch weiterhin unter ihrer Kontrolle halten zu können. Vor allem durch Militär- und Geldmacht. Nicht nur europäische Steuerzahler sollten die Erhöhung des Militärbudgets auf ihren Schultern tragen und dadurch die Absenkung des Lebensstandards wegen „Bedrohung aus dem Osten“ hinnehmen. Auch europäische Konzerne werden mit Nachdruck durch Wirtschaftskriege und Sanktionen zur Kasse gebeten. Die Stärke des Rechts wird durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Das alles sind Beweise dafür, dass der imperiale Neoliberalismus als Leitmodell für die Welt versagt hat.

Erinnern wir uns an die Zeit der Entspannung. Ende der 1980er Jahre hatte das gute Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Michael Gorbatschow seinen Höhepunkt erreicht. Die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nutzten die Westmächte gnadenlos aus, um sich neue Märkte und Stützpunkte in Ostdeutschland und Osteuropa zu sichern.

Die Schockstrategie der 1990er Jahre, inszeniert von amerikanischen Be-

ratern, umgesetzt durch Boris Jelzin, brachte der Mehrheit der ehemaligen Sowjetbürger bittere Verarmung, Zerfall des Lebensraumes und Perspektivlosigkeit. Das zerschlagene und geschwächte Russland hatte gleichzeitig der Osterweiterung der NATO nichts entgegen zu setzen. Das Versprechen, das der US-Außenminister James Baker Michael Gorbatschow im Jahr 1990 gegeben hatte, keine NATO-Osterweiterung vorzunehmen, wurde einfach ignoriert. Ja, es schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann Russland komplett vereinnahmt wird. Insofern bestand kein Grund, Milliarden von Steuergeldern für die Aufrechterhaltung des Feindbildes Russland auszugeben.

Das änderte sich sehr rasch im Jahr 2000 mit dem neuen Kurs Russlands zur Unabhängigkeit. In seiner legendären Rede im Deutschen Bundestag vom 25. September 2001 hat Präsident Wladimir Putin der EU und vor allem Deutschland angeboten, sich „mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands“ zu vereinen. Mit der Vision eines „gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok“ wiederholte Russland dieses Angebot danach mehrfach und bot damit den strategischen Vorstellungen der USA in Europa ganz andere Perspektiven, als sie in Brzezinskis „The Grand Chessboard“ und im „Project for the New American Century“ vorgesehen waren.

Als der Versuch von Exxon Mobil, den russischen Energiekonzern „Yukos“ zu kaufen, vereitelt wurde und Russland damit seine von den Transatlantikern unabhängige Eigenständigkeit offiziell proklamierte, wurden die ersten Feindbilder wieder ausgegraben und die Kriegstrommel eingestimmt.



Zielscheibe der Restriktionen waren zuerst die Republiken Abchasien und Süd-Ossetien, später die Ukraine. Die Ursachen und Wurzeln für den heutigen Bürgerkrieg in der Ukraine finden sich in den Expansionsbestrebungen der westlichen Eliten. Seit 2009 haben Bürokraten der Europäischen Union in einer sogenannten „Ostpartnerschaft“ daran gearbeitet, u.a. die Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus in die eigene Einflussphäre zu bekommen. Unterdessen sollte die neue ferngesteuerte Führung in Kiew die russische Marine durch einen NATO-Stützpunkt in Sevastopol auf der Halbinsel Krim ablösen. Dieser Plan konnte nicht realisiert werden, also wurde der Druck auf Russland erhöht, ein Wirtschaftskrieg entfacht. Russland wird seither dämonisiert, der Grad der Hetze gesteigert, North Stream

sanktioniert und deutsche Panzer an die russische Grenze verschickt.

Der feindliche Kurs der Eliten gegen Russland wird bei der deutschen Bevölkerung, laut zahlreicher Umfragen, aber nicht wiedergespiegelt. Der überwiegende Teil der Deutschen wünscht sich ein gutes bilaterales Verhältnis.

Dabei sind friedenspolitische Initiativen und Brückenbauer herzlich willkommen, um einen Krieg zwischen Deutschland und Russland abwendbar zu machen. Da, wo die Politik versagt, sind die Menschen gefragt. Frieden und Freundschaft mit Russland vom Volk aus (be-)fördern und (er-)leben.

Ruslan Yavorski gründete die AG Internationales im Dresdner Stadtverband

Aufstehen oder Weitergehen

Basiskonferenz der Dresdner LINKEN zur Diskussion um die Sammelbewegung

Screenshot der Internetpräsenz (am 23. August 2018)

Die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag Sahra Wagenknecht hat angekündigt, gemeinsam mit anderen am 4. September 2018 zur Gründung einer überparteilichen politischen Sammlungsbeziehung unter dem Namen „Aufstehen“ aufzurufen. Bereits vor wenigen Tagen ging eine entsprechende Website online. Im Internet: www.aufstehen.de.

Über dieses Projekt sind heftige Debatten sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Partei entbrannt.

Zunächst einmal gibt es viele Fragen – nach beteiligten Personen, nach genauen politischen Zielen und nach den beabsichtigten Mitteln, um diese Ziele zu erreichen.

Bei einem Teil unserer LINKEN-Mitglieder und WählerInnen erzeugt das Projekt Interesse, Zustimmung und neue Hoffnung. Andere Mitglieder und WählerInnen sind sehr kritisch hinsichtlich der politischen Ausrichtung und skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten.

Während manche darin eine Chance sehen, nach dem politischen Niedergang der Sozialdemokratie alle Kräfte links der Mitte neu zu sammeln, befürchten andere, dass das Projekt im Gegenteil zu einer Spaltung der Partei DIE LINKE und zu einer weiteren Schwächung der politischen Linken führen werde.

Basiskonferenz zur Debatte
Am Dienstag, dem 11. September
19 Uhr im Haus der Begegnung

Der Weltfrieden und sein Tag

von Jens Matthis

Manchmal ist es gut, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen. Insbesondere muss man sich fragen, ob die Selbstverständlichkeiten, mit denen man selbst aufgewachsen ist, heute noch gültig sind.

Im Stadtvorstand sprachen wir über den Weltfriedenstag – alle, die in meinem Alter oder älter und DDR-sozialisiert sind, brauchten kein Datum erwähnen. Dass der Weltfriedenstag am 1. September ist, war bzw. ist genauso selbstverständlich wie der 1. Mai als der Tag der Arbeiterklasse, der 8. Mai als der Tag der Befreiung, der 7. Oktober als Tag der Republik und der 24. Dezember als Heiliger Abend.

Eine spontane kleine Straßenumfrage unter jungen Leuten in der Neustadt ergab freilich ein anderes Bild. „Weltfriedenstag - Nie gehört, aber es gibt ja heute alles Mögliche – auch einen Weltkatzentag.“

Dass junge Leute mit dem 7. Oktober nichts mehr anfangen können, das leuchtet jedem sofort ein – die dazugehörige Republik ist seit fast 28 Jahren verschwunden.

Der 1. Mai hingegen hat als arbeitsfreier „Tag der Arbeit“ die akademischen Diskussionen über die Existenz einer Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten heil überstanden, es gibt

ihn immer noch, wie es nach jüngsten Erkenntnissen wohl auch die Arbeiterklasse noch zu geben scheint.

Schwieriger war es mit dem 8. Mai. Einerseits gehörte er zu den nach 1990 verbannten Relikten der DDR-Geschichtspolitik, andererseits begann sich nach der berühmten Weizsäcker-Rede von 1985 auch in Westen Deutschlands langsam der Gedanke Bahn zu brechen, dass der Tag, an dem der von den Nazis angezettelte Krieg endete, kein Tag der Niederlage, sondern ein Tag der Befreiung gewesen sei, einer doppelten Befreiung, vom Faschismus und vom Krieg.

Doch wie ist das nun mit dem Weltfriedenstag am 1. September? In der DDR begann an diesem Tag immer das Schuljahr, insofern hatte der obligatorische Pionier- und FDJ-Appell in der Schule immer gleich eine doppelte Widmung. Natürlich interessierte man sich an diesem Tag mehr für neue Mitschülerinnen, den neuen Stunden- und den neuen Sitzplan, aber dem Frieden wurden immer einige passende Lieder gesungen, von der „kleinen weißen Friedenstaube“ in der 1. Klasse bis zu „We shall overcome“ in der Berufsschule.

Doch eigentlich war der 1. September kein Tag des Friedens, schon gar kein Tag des Weltfriedens - ganz im Gegenteil. Am 1. September 1939 begann

4:45 Uhr mit dem Beschuss der polnischen Garnison auf der Westerplatte vor der „Freien Stadt Danzig“ durch das deutsche Linienschiff „Schleswig-Holstein“ jener Weltkrieg, der am 8. Mai 1945 im zerstörten Berlin endete. Fast zeitgleich mit dem Angriff auf die Westerplatte bombardierten deutsche Flugzeuge ohne jede Kriegserklärung die polnische Stadt Wieluk, das erste große Kriegsverbrechen, dem viele weitere und noch viel grausamere folgen sollten. Die erste Kriegslüge folgte auf dem Fuß: „Seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen“ verkündete Adolf Hitler im „Großdeutschen Rundfunk“.

Ausgerechnet diesen Tag bereits 1946 dem „Weltfrieden“ zu widmen, scheint geradezu verwegen. Aber es ist erklärbar aus den unmittelbaren Erfahrungen einer Generation, welche aus dem Zweiten Weltkrieg, unabhängig davon, auf welcher Seite sie gestanden hatte, eine Lehre zog: NIE WIEDER KRIEG!

In meiner Generation hört jeder von seinen Großeltern „Lieber ein Leben lang bei Wasser und Brot als noch einmal Krieg“. Es schien uns eine martialische und abgedroschene Phrase, schließlich war der Frieden selbstverständlich und der Krieg war lange her. Sicher es gab auch damals Kriege in der Welt, in Vietnam, im Nahen Osten und anderswo. Aber das war weit

weg, kam nur in Zeitungsberichten und Fernsehnachrichten vor, an ein Internet war noch nicht zu denken.

Keinem Politiker, egal ob im Osten oder im Westen Deutschlands, wäre es auch nur im Traum eingefallen, einer irgendwie gearteten deutschen Kriegsbeteiligung das Wort zu reden, im Gegenteil: „Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen“ war der Minimalkonsens selbst in den gefährlichsten Phasen der Ost-West-Konfrontation. So waren die Nationale Volksarmee der DDR und die Bundeswehr der alten Bundesrepublik (West) die beiden einzigen deutschen Armeen, die nie in einen Krieg zogen.

Ein Menschenleben nach jenem 1. September 1939 ist nicht nur die symbolische Bedeutung des Tages in Vergessenheit geraten, sondern viel mehr. Die Bundeswehr befindet sich wieder in Kriegseinsätzen und der „Frieden im Osten“ ist längst nicht mehr deutsche Staatsräson. Stattdessen spricht ein deutscher Außenminister von „Mehr Härte gegenüber Moskau“, Russland taugt wieder als Feindbild und auch sonst fehlt es nicht an Kriegsrhetorik.

Vielleicht sollte man mit dem Erinnern an den 1. September 1939 nicht bis zum 80. Jahrestag im nächsten Jahr warten. Es könnte zu spät sein.

links im bundestag

Rentenvorschläge von Olaf Scholz sind nicht ausreichend

„Falls Finanzminister Olaf Scholz es mit seiner Forderung wirklich ernst meinen sollte und kein Sommertheater aufführt, dann stimmt die Richtung, aber er springt zu kurz. Die Jungen und die Mittelalten von heute sind die Rentnerinnen und Rentner von morgen. Eine IG Metall-Studie ergab, dass die Jungen gerne bereit sind, mehr in die Rentenkasse einzuzahlen, wenn sie sicher sein können, dann später im Alter selbst eine auskömmliche Rente zu erhalten“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Birkwald weiter:

„In Österreich zahlen die Beschäftigten 10,25 Prozent ihres Bruttoeinkommens in die Rentenkasse und die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen 12,55 Prozent. Macht zusammen 22,8 Prozent. Ehemalige Arbeiter und Angestellte erhalten in Österreich durchschnittlich über 1000 Euro mehr Rente im Monat im Vergleich zu Deutschland. Und bei den Frauen sind es immerhin deutlich über 350 Euro mehr.“

Das österreichische Rentensystem ist bis 2060 nachhaltig finanziert. Das liegt auch daran, dass in Österreich alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen: auch Beamte und Beamtinnen, auch Politikerinnen und Politiker, Ärzte, Anwältinnen und Anwälte und Selbstständige. Dies fordert auch DIE LINKE.

Ich schlage vor, dass in Deutschland der Beitragssatz jedes Jahr um einen Prozentpunkt steigt, bis er die österreichischen 22,8 Prozent erreicht und die Steuermilliarden für die Riesterförderung in die gesetzliche Rente umgelenkt werden. So ist das Rentenniveau von 53 Prozent aus dem Jahre 2000 mehr als seriös finanzierbar.

Außerdem brauchen wir eine steuerfinanzierte einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente. Niemand soll von weniger als 1050 Euro leben müssen. In Österreich gibt es zwei steuerfinanzierte Mindestrenten. Die eine liegt bei 1061 Euro im Monat für all jene, die sich mindestens einen einzigen Cent Rentenanspruch im österreichischen Rentensystem erarbeitet haben. Und für alle die, die mindestens 30 Jahre eingezahlt haben, liegt die österreichische Mindestrente sogar bei 1192 Euro. Steuerfrei. Das ginge auch in Deutschland.

All diese Vorschläge zusammen garantierten ein würdevolles Leben im Alter für alle. Und: Unsere Vorschläge sind finanzierbar. Aktuell würden Durchschnittsverdienende und ihre Chefs nur je 32 Euro mehr im Monat in die Rentenkasse zahlen müssen, um ein Rentenniveau von 53 Prozent zu finanzieren. Auch im Jahr 2030 wäre dies finanzierbar.“

#tipp

Mit Peter Sodann

Kundgebung zum Weltfriedenstag mit Dietmar Bartsch & André Schollbach
1. September
16 Uhr: Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie

Für eine friedliche Politik!

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

Zur Premiere des Gundermann-Films bei den Filmnächten am Elbufer

Immer wieder wächst das Gras...

von Uwe Schaarschmidt

Irgendwann im Herbst 1994, hinter der Bühne des Studentenclubs Bärenzwinger in Dresden. Wir stehen vor Gundermann, nach dem Konzert. Schwitzend kaut der schlaksige Liedermacher an einer Körnersemmel und hört sich an, was wir wollen: Ihn, als Musiker, im nächsten Frühjahr, für die Jugendweihe des Roten Baums. Schließlich nickt er. „Mach ich. Klärt die Termine mit meiner Olle. Kleene Gigs macht alle meine Olle.“

Hat sie auch wirklich gemacht, die Olle. Und Gundi die kleinen Gigs, zwei Lenze lang, zu unserer großen Freude und bisweilen zum Schreck einiger Großmütter im Publikum. Denn Gundermann spielte nicht nur Gitarre und sang dazu mit seiner spröden Stimme - er erzählte zwischen den Liedern auch Sprödes aus seinem Leben.

Dass Gundermann so schnell gehen würde, hatte keiner gedacht. Und so standen wir - fassunglos und tief traurig - in einer Reihe mit Hunderten anderen traurigen Gestalten auf dem Waldfriedhof, am Rande von Hoyerswerda, um uns zu verabschieden, gut drei Jahre nach dem Abend im Bärenzwinger. „Tankstelle für Verlierer“ nannte Hans-Dieter Schütt sein Buch, in dem er die 1996 mit Gundermann geführten Gespräche veröffentlichte. Und das war Gundermann tatsächlich, eine Tankstelle für Verlierer - egal ob man selbst einer war. Bei ihm durfte sich jeder als Verlierer fühlen und wer eben gerade keiner zu sein meinte, dem sang er all jene Verluste und all jene Niederlagen wieder in den



Alexander Scheer und Anna Unterberger (Conny Gundermann) Foto: Peter Hartwig / Pandora Film

Kopf, die schon schon fast vergessen schienen oder die man geheim gehalten hatte - vor sich selbst und vor anderen. „Überlebe - wenigstens bis morgen ...“

43 Jahre alt wurde Gerhard Gundermann und nun, über zwanzig Jahre nach seinem Tod in jener dämlichen Mittsommernacht - also fast ein halbes Gundi-Leben später - kommt ein Spielfilm in die Kinos, ein Film über das ganze Leben des Sängers, Musikers, Offizierschülers, Stasi-IMs, Bergmanns, Geschichtenerzählers, Witzboldes, Moralisten und ewig Zweifelnden. Andreas Dresden hat dieses Leben verfilmt und man konnte einige Angst vor dem Film haben. Wie wird er sein, der Film-Gundi? Wie redet er, singt er, guckt er aus

der großen Brille? Wie kommt sein Moralismus rüber, heute, in dieser Zeit, in der die Moral am Pranger steht - verlacht, denunziert, bespuckt, gehasst.

Ich habe auf's richtige Pferd gesetzt - aber es hat leider nicht gewonnen

Kurz gesagt: Es ist ein feiner Film geworden. Das Publikum am ausverkauften Dresdner Elbufer dürfte dennoch mit gemischten Gefühlen nach Hause gegangen sein. Das lag gewiss nicht am großartig spielenden Hauptdarsteller Alexander Scheer, der den Gundermann mit großem komödiantischem Eifer gab und auch nicht an den gut besetzten Nebenrollen (Axel Prahl als

gönnerhafter MfS- Führungsoffizier, Peter Sodann als grummeliger Parteiveteran). Vielmehr ist es die Zentrierung auf Gundermanns Stasi-Geschichte, hinter der vieles am Menschen Gundermann und seiner Kunst zurück stehen musste und welche dem Film eine bedrückende Haube überstülpt.

Andererseits ist dadurch die Zerrissenheit des kauzigen Sängers natürlich erst skizzierbar geworden, eine Zerrissenheit, die wohl viele nachvollziehen können, die versucht haben, in dieser Zeit ihren Weg halbwegs gerade zu gehen, loyal zu Land und anständig vor sich selbst zu bleiben - und es nicht immer schafften. Letztlich kommt keine der verschiedenen Zeitebenen im Film ohne das Thema aus.

Immerhin: Wunderbar eingebettet in das Filmgeschehen ist die Liebesgeschichte zwischen Conny und Gerhard Gundermann - erstere im Film mit Anna Unterberger auch wirklich grandios besetzt - und es war ein ganz besonderer Moment an einem besonderen Abend, als Conny Gundermann vor dem Film plötzlich auf der Bühne stand und mit der Prahl-Dresden-Band jenes Lied sang, das Gundermann einst für sie als Hochzeitslied geschrieben hatte. Wie gesagt - es ist ein feiner Film geworden und für den DDR-Kundigen gibt es auch eine Menge zu lachen - ebenso, wie es für alle, die den Musiker noch erlebt haben, den einen oder anderen Schluchz-Moment gibt.

Gemeinsam länger Lernen in Sachsen

von Florian Berndt

Dieses Ziel hat sich das gleichnamige Bündnis seit einem Jahr auf die Agenda gesetzt, so treffen sich mehrere Institutionen aus Sachsen, neben unseren Landesverband der Partei DIE LINKE und der linksjugend, auch der DGB, der Landeselternrat oder der Grundschulverband, um an dem Vorhaben - ein Volksentscheid in Sachsen über die Einführung der Gemeinschaftsschule - zu arbeiten.

Mit dem gemeinsamen längeren Lernen sollen SchülerInnen nicht mehr nach der 4. Klasse getrennt werden, sondern bis zur 10. Klasse schulartübergreifend unterrichtet werden, die spätere Trennung wirkt einem Leistungsdruck seitens der Eltern gravierend entgegen und den jungen Lernenden wird noch kein späterer Weg vorgeschrieben, so können sie nach der 10. Klasse selbstbestimmt über ihre Zukunft entscheiden. Gemeinsam mit den derzeitigen sechzehn PartnerInnen möchten wir gute

Lernbedingungen für alle Jugendliche und Kinder erkämpfen, denn wir sehen eine Umsetzung durch die schwarzrote Regierung als aussichtslos, nur durch einen Volksentscheid ist das Ziel erreichbar. Dazu kommt es nur durch die Unterstützung der Bevölkerung, da 450.000 Unterschriften benötigt werden.

Für einen Erfolg wurde von Ehrenamtlichen im Bündnis eine feste Infrastruktur, bestehend aus Büros und Freiwilligen der einzelnen Institutionen in ganz Sachsen, errichtet, um viele Orte zur Entgegennahme der Listen zu ermöglichen - für uns sind unsere Parteibüros eingeplant, dort liegen Unterschriftenlisten aus, mit denen ihr ab dem 29. September mit uns für einen Erfolg sorgen könnt! (Infos folgen)

Florian Berndt ist Jugendpolitischer Sprecher im Stadtvorstand DIE LINKE Dresden und Mitglied im Bündnis

#kurz & knapp

Bitte Rücksendebogen (Teilnahme am Wahlkampf, Kandidaturen) nicht vergessen!

Einfach ans Haus der Begegnung senden:

Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93

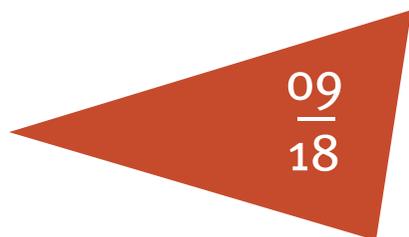
01127 Dresden oder per Mail an: vorstand@dielinke-dresden.de

Kundgebung zum
Weltfriedenstag
mit Dietmar Bartsch
& André Schollbach
1. September
16 Uhr: Dr.-Külz-Ring,
vor Altmarktgalerie

**Gegen
Kriegs-
treiberei!**

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de



Kampfhubschrauber des US-Militärs benutzen Dresdner Flughafen vor NATO-Manöver

Auf dem Dresdner Flughafen landen in der letzten Zeit immer wieder Kampfhubschrauber des US-Militärs. So wurden die Helikopter vor dem NATO-Militärmanöver „Saber Strike 18“ dort betankt. LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sieht das „Säbelrasseln“ der NATO und des US-Militärs gegenüber Russland mit großer Sorge.

von Maximilian Kretschmar

Viele Dresdnerinnen und Dresdner kennen sie bisher nur aus den Fernsehnachrichten von Kriegsgebieten. Doch im Juni landeten zahlreiche Kampfhubschrauber des US-amerikanischen Militärs auf dem Flughafen in Dresden. Die Helikopter waren auf dem Weg nach Osteuropa. Dort – in der Nähe zu Russland – wurde unter dem Titel „Saber Strike 18“ („Säbelhieb 18“) ein riesiges Militärmanöver der NATO durchgeführt. Die Operation mit einer Serie tagelanger Einsätze gilt als militärische Machtdemonstration gegenüber Russland.

An dem Manöver nahmen unter Führung der USA rund 18.000 Soldaten aus 19 Staaten teil. In diesem Zusammenhang waren in den vergangenen Monaten mehrere Tausend Fahrzeuge und Soldaten der US-Armee nach Osteuropa verlegt worden. Auch Sachsen war von diesen Truppenbewegungen betroffen. So konnten immer wieder Militärkolonnen auf den Autobahnen und Landstraßen beobachtet werden.

Kritik an militärischer Nutzung des Dresdner Flughafens

Fraktionsvorsitzender André Schollbach (39, DIE LINKE) hat deshalb im Landtag eine Kleine Anfrage zur militärischen Nutzung des Dresdner Flughafens an die Sächsische Staatsregierung gerichtet. Aus deren Antwort ergibt sich, dass dort „auch militärische Flüge“ stattfinden. Die Regierung teilte mit, dass im Juni US-Militärhubschrauber der Typen „Boeing Chinook CH47“, „S-70 Black Hawk“ sowie „AH-64 Apache“ den Flughafen für Tankstopps nutzten. In der ersten Jahreshälfte landeten mehr als 70 dieser Maschinen in Dresden-Klotzsche. Schollbach sagt dazu: „Ein riesiges Militärmanöver der NATO in Osteuropa trägt mit Sicherheit nicht zur Entspannung und der Verbesserung des Verhältnisses zu Russland



In der ersten Jahreshälfte landeten mehr als 70 Militärmaschinen auf dem Dresdner Flughafen.

Foto: Maximilian Kretschmar

bei.“ Er kritisierte die militärische Nutzung des Dresdner Flughafens.

Bundeswehr an Großmanöver beteiligt

Die Bundeswehr, die sich ebenfalls an dem Großmanöver „Saber Strike 18“ beteiligt hatte, wird im laufenden Jahr mit circa 12.000 Soldaten an NATO-Manövern teilnehmen. Dies sind dreimal mehr als im Vorjahr. Vom Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ befragt, ob er glaube, dass eine „härtere Tonlage“ gegenüber Russland erforderlich sei, antwortete Bundeaußenminister Heiko Maas (SPD): „Ich glaube zumindest nicht, dass irgend etwas besser wird, wenn wir den Eindruck erwecken, dass wir die schwierigen Entwicklungen einfach stillschweigend akzeptieren.

Je komplizierter das Verhältnis, eine desto klarere Sprache brauchen wir.“

Wehretat steigt deutlich an

Im Jahr 2014 lag der Wehretat noch bei 32,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 wird er nach derzeitigem Stand mindestens 42,9 Milliarden Euro betragen – eine Steigerung von über 30 Prozent. Der Wehretat ist bereits jetzt der zweitgrößte Posten des Bundeshaushalts. Doch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte im Bundestag bereits weitere deutliche Erhöhungen für die kommenden Jahre an. Sie äußerte sich zudem zuversichtlich zur Finanzierung von Rüstungsprojekten der Bundeswehr. Damit wird deutlich: Die „Große Koalition“ aus CDU und SPD will aufrüsten.

Kundgebung zum
Weltfriedenstag
mit Dietmar Bartsch
& André Schollbach
1. September
16 Uhr: Dr.-Külz-Ring,
vor Altmarktgalerie



Für eine friedliche Politik!

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

#kurz&knapp

Neue Kinder- und Jugendbeauftragte in Dresden

Anke Lietzmann ist die neue Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Dresden, die im Juni 2018 ihre Arbeit angetreten hat. Einstimmig hatte der Jugendhilfeausschuss bereits im März grünes Licht gegeben und aus der Vielzahl an Bewerbungen die versierte Dresdner Sozialpädagogin ausgewählt. Mit der Kinder- und Jugendarbeit ist Anke Lietzmann seit vielen Jahren in Dresden vertraut. Als Kinder- und Jugendbeauftragte arbeitet sie nun mit dem im vergangenen Jahr gegründeten Kinder- und Jugendbüro eng zusammen und wird sich für die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Stadt einsetzen. Für gelingende Beteiligungsprozesse braucht es zwingend kompetente Unterstützung seitens der Erwachsenen - aus Politik und Verwaltung. Die neue Kinder- und Jugendbeauftragte ist deshalb seit Juni in allen Ortsämtern und den Büros der Verwaltung unterwegs, um in den Ämtern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese Aufgaben zu sensibilisieren. Zurzeit stellt sich Anke Lietzmann in den Ortsbeiräten der Dresdner Stadtteile vor.

Kontakt:
Neues Rathaus Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
2. Etage/Raum 2/086
Telefon: 0351-4882150
E-Mail:
kinderbeauftragte@dresden.de



Schlaglichter aus dem Jugendhilfeausschuss

von Tilo Kießling

Ich möchte an dieser Stelle über einige Themen berichten, die aktuell im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Vorangestellt sei noch einmal, dass der Jugendhilfeausschuss ein Ausschuss besonderer Art ist, der nicht nur aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadtratsfraktionen besteht, sondern auch aus Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen und Verbänden. Auch die von den Fraktionen entsandten Mitglieder müssen nicht unbedingt Stadtratsmitglieder sein. Deshalb gibt es in diesem Ausschuss auch keine sichere Mehrheit für die Stadtratskooperation. Es müssen immer wieder Übereinstimmungen mit den anderen Mitgliedern gesucht oder ausgehandelt werden. Der Jugendhilfeausschuss ist der der Verwaltung des Jugendamtes zur Seite gestellte Teil des Jugendamtes und hat ein eigenes Beschlussrecht.

Kindeswohl bei Abschiebungen

Seit längerer Zeit beschäftigt sich der Ausschuss mit der Frage, wie denn die manchmal sehr unwürdigen Abschiebungen wenigstens für betroffene Kinder weniger traumatisch erfolgen können. Dazu hatten einige Mitglieder einen Antrag gestellt, der intensiv beraten wurde. Schnell wurde klar, dass eine rein deklamatorische Beschlussfassung wenig bringen würde. Deshalb wurde eine Anhörung durchgeführt, bei der Fachleute aus unterschiedlicher Perspektive auf das Thema blickten. Insbesondere ging es um die Frage, wie denn der gesetzliche Auftrag des Jugendamtes, Kinder vor Gefahren zu schützen, unter den besonderen Bedingungen des Asylrechtes erfüllt werden kann. Der Ausschuss lernte unter anderem, dass Abschiebungen stets in Verdacht stehen, das Kindeswohl zu gefährden, dass eine tatsächliche Kindeswohlgefährdung ein Abschiebehindernis darstellt und dass die Verantwortung für die Kinder nicht an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland aufhört.

In Folge dieser Anhörung wurde der Text des Antrages vollständig überarbeitet und so ausgestaltet, dass immer wenn eine Familie mit Kindern von Abschiebung bedroht ist auch das Jugendamt auf diese Kinder schaut. Im letzten Moment stoppte allerdings der Oberbürgermeister einen diesbezüglichen Beschluss, weil der Datenschutz leider verbietet, dass die Ausländerbehörde das Jugendamt rechtzeitig über Fami-



lien mit Kindern in dieser Lebenslage informiert. Das ist übrigens nicht der erste Fall, in dem mit Datenschutzargumenten die Verbesserung der Lage besonders benachteiligter behindert.

Beratungsstelle für Eltern von Kindern in Kitas

In unserem Wahlprogramm wird eine solche Beratungsstelle gefordert. Sie soll Eltern helfen, die Fragen zur Betreuung ihrer Kinder haben und diese nicht mit dem Träger ihrer Kita verhandeln wollen. Auch in der Kooperationsvereinbarung wurde eine solche Beratungsstelle verankert und die Mittel dafür wurden dann mit dem Beschluss zum Haushalt 2017/2018 bereitgestellt.

Im Jugendhilfeausschuss leisteten einige Vertreter freier Träger energischen Widerstand und bezweifelten die Notwendigkeit dieser Beratungsstelle. Erst nach zähen Diskussionen konnten wir uns dann auf einen Ausschreibungstext einigen. Um die Trägerschaft dieser Stelle hat sich nun die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gekümmert, ein fachlich bestens aufgestellter bundesweit agierender Träger. In Gesprächen mit Vertretern der Stiftung wurde uns berichtet, dass die Einrichtung dieser Beratungsstelle bundesweit mit Interesse beobachtet wird, weil sie ein neues und stabilisierendes Element im Gesamtsystem der Kindertagesbetreuung darstellt. Der Beschluss über die Vergabe ist im September zu erwarten.

Ebenfalls in sehr langen und intensiven Diskussionen wurde im Ausschuss über die Verwendung von ca. 400.000 Euro beraten, die vom Stadtrat für die Prävention im Bereich der Hilfen zur Erziehung bereitgestellt wurden. Sie sind eine Restsumme von ursprünglich 700.000 Euro und sollen zur Umsetzung von Vorschlägen verwendet werden, die von der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit erarbeitet wurden.

Präventionsbudget und Präventionsprogramm

Allerdings schlug die Hochschule keine konkreten einzelnen Projekte vor, sondern beschrieb den Weg zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung als eine Prozess der sozialräumlichen Umgestaltung der Jugendhilfe insgesamt.

Dies führte zu zwei konträren Vorschlägen: Einem aus dem zuständigen Unterausschuss Planung, der die Etablierung eines Präventionsprogrammes vorschlug, das diese Umstellung in einem mindestens dreijährigen Prozess begleitet und in einem Alternativvorschlag freier Träger, der am Tisch des Bildungsbürgermeisters Vorjohann ausgearbeitet wurde und die Aufteilung dieser Mittel mit der Gießkanne vorsieht.

Hier wird nun der Stadtrat entscheiden müssen, welchem Prinzip er folgen wird. Das Thema wurde aus dem Jugendhilfeausschuss in den Rat überwiesen und steht dort am 30. August zur Entscheidung an.

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
 Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
 E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
 V.i.S.d.P. Thomas Feske
 Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
 Pia Barkow, Anja Apel, Tilo Kießling, Andreas Naumann, Maximilian Kretzschmar
 Fotos: pixabay, Maximilian Kretzschmar

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Der Doppelhaushalt 2019/2020 wird beraten

von Tilo Kießling

Am 30. August wird der Oberbürgermeister den Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung für die beiden Folgejahre einbringen.

Ich habe in den vergangenen Haushaltsperioden die Beratungen begleitet. Meine Erfahrungen reichen von den Haushaltsberatungen aus der Opposition heraus (letztmalig für die Periode 2013/2014, bei der SPD, Grünen und CDU den Haushalt trugen) über die Beratungen zum Haushalt 2015/2016, bei dem die neue Mehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten noch garnicht richtig konstituiert und Helma Orosz noch Oberbürgermeisterin war, über die intensiven Diskussion zum jetzt noch gültigen Haushalt 2017/2018, der in der Endphase der Zeit des CDU-Beigeordneten Vorjohann in der Verwaltung erarbeitet wurde und bei dessen Beratungen im Stadtrat sich der neue Oberbürgermeister Hilbert mit dem Rat eine Machtprobe lieferte.

Nichts ist so konstant wie die Veränderung, und deshalb bringt die nun folgende Beratungszeit über den Entwurf 2019/2020 zwei gänzlich andere Rahmenbedingungen mit sich: Einerseits nähert sich die Wahlperiode des gegenwärtigen Stadtrates und damit die der jetzigen Ratskooperation ihrem Ende, andererseits ist es der erste Haushaltsentwurf der mit eingearbeiteten Beigeordneten von LINKEN und Grünen und unter Federführung eines SPD-Finanzbürgermeisters erstellt wurde.



Was wir bisher wissen ist, dass die von der rot-grün-roten Ratsmehrheit bisher beschlossenen Grundsatzentscheidungen und haushalterischen Weichenstellungen grundsätzlich im Entwurf enthalten sein werden. So werden uns keine Kürzungen in den für uns wesentlichen Bereichen erwarten: Sport, Kultur, Jugend und Sozialverbände können also aufatmen. Ob die vorgeschlagenen Summen aber den politischen Wünschen und fachlichen Notwendigkeiten genügen, werden Stadtrat und Öffentlichkeit erst wissen, wenn der Entwurf dann am 30. 08. 2018 vorliegt.

Was wir ebenfalls wissen ist, dass der Oberbürgermeister bemüht war, zur Umsetzung der politischen Vorstellungen der Ratsmehrheit die Einnahme-Erwartungen des Haushaltes hoch anzusetzen. Das ist kein allzugroßes Risiko angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Stadt, es er-

schwert uns in der Beratung des Entwurfes allerdings die Einnahmeerwartungen als Deckungsquelle zu nutzen.

Schul- und Verwaltungsbauten werden den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bilden. Hier müssen wir sehr kritisch auf den Entwurf blicken: Wie wird das Großvorhaben des neuen Rathausbaus am Ferdinandplatz im Haushalt dargestellt? Wurde hier auch die Wirkung eines solchen 100-Millionen-Euro-Baus bei einem möglichen Konjunkturabschwung bedacht?

Was sich im Entwurf nicht ändern wird, ist die ungeheure Größe der liquiden Mittel, die die Stadt auf ihren Konten bunkert. Zwar wird sich die Darstellung auf dem Papier etwas ändern, nicht aber die reale Summe dieser sogenannten Haushaltsreste. Noch immer sind es etwa eine halbe Milliarde Euro, die nicht für Bürgerinnen und Bürger

eingesetzt werden können sondern auf Grund sehr strikter Rechtsvorschriften für bereits geplante und beschlossene, aber irgendwann später erst realisierte Investitionen im Geldspeicher liegen

Unsere Fraktion wird in der Haushaltsberatung darauf achten müssen, mit dem letzten Haushaltsbeschluss dieser Wahlperiode möglichst lange anhaltende Effekte für die von uns vertretenen Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Die Ausstattung der gegenwärtigen Ortsbeiräte und demnächst Stadtbezirksbeiräte mit 25 Euro je Einwohnerin und Einwohner sind ein solcher Effekt. Aber auch in den anderen unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Menschen wirkenden Bereichen müssen wir auskömmliche Budgets sichern und Kürzungen, auch indirekte durch Kostensteigerungen, verhindern.

Die spürbaren Erfolge der bisherigen Haushaltspolitik unserer Kooperationspartner und unserer Fraktion DIE LINKE in vielen Lebensbereichen müssen mit dem Haushalt 2019/2020 fortgeschrieben werden und können so zu einem starken Argument im Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr werden. Soziale Politik haben wir versprochen, soziale Politik haben wir geliefert. Und wem soziale Politik mit all ihren Erleichterungen des Alltagslebens vieler Menschen wichtig ist, der wird sich schon aus ureigenstem Interesse dafür einsetzen, dass auch in der nächsten Wahlperiode wieder eine soziale Politik in Haushaltszahlen gegossen werden kann.

Wir haben in Dresden einen Bildungsbeirat! Noch nie davon gehört? Kein Wunder!

von Anja Apel

Ja, Dresden hat seit anderthalb Jahren einen Bildungsbeirat, beschlossen von RGR. Warum war uns das wichtig? Dresden steckt seit drei Jahren jedes Jahr mehr als 100 Millionen Euro in den Schulbau. Auch wenn die Stadt nur für die bauliche Hülle steht, so werden doch Weichen für die Stadtentwicklung gestellt. Um kluge und nachhaltige Entscheidungen zu treffen, wollten wir die Beratung durch Fachleute aus den verschiedensten Bildungsbereichen, von Universitäten, der Volkshochschule und vieler andere mehr. Wir wollten, dass Stadträte und die Verwaltung, insbesondere Bildungsbürgermeister Vorjohann und das Schulverwaltungsamt, beraten werden.

Dass die Bereitschaft vieler Institutionen besteht, an der Entwicklung in Dresden in dieser Beziehung mitzuwirken, zeigt die hochkarätige Besetzung des Bildungsbeirates mit mehreren Professorinnen und Professoren aus der TU und der evangelischen Fachhochschule, dem Leiter der Volkshochschule, VertreterInnen aus GEW, Kreiselterrat, Stadtelternrat, Freie Träger, Männernetzwerk



und der LASUB (Landesamt für Schulen und Bildung). Zur Vorsitzenden wurde Frau Dr. Hähne von der TU- Dresden gewählt und ich übernahm die Stellvertretung. In jeder Sitzung wird sich mit zwei bis drei Themen beschäftigt und es werden Empfehlungen gegeben. Die Sitzungen finden öffentlich statt, aber es bekommt eben niemand mit, denn eine Ankündigung in den Medien wird uns nicht gestattet, obwohl dies nach Satzung möglich wäre. Der Bildungsbürgermeister Vorjohann meint, wir sind für seine Beratung gedacht und nicht für die Öffentlichkeit. Nach eini-

gen Diskussionen mit ihm, dürfen die MitarbeiterInnen des Bildungsbüros uns unterstützen. Sie helfen uns sehr fachkundig bei der Vorbereitung und der Protokollierung, die Protokolle gehen allerdings nur an die Mitglieder des Beirates. Der Beirat hätte Öffentlichkeit verdient, denn die Diskussionen sind sehr spannend und fachlich interessant, weil die Themen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden. Damit diese Diskussionen nicht wirkungslos bleiben, ist es unsere Aufgabe als Stadträte die Impulse aufzunehmen und daraus Anträge zu entwickeln. Erste

Erfolge gibt es, so haben wir Empfehlungen zur Schulnetzplanung mit in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Der Bildungsbeirat sprach u.a. die Empfehlung aus, den Dresdner Schulnetzplans mit der kommunalen Bildungsberichterstattung im Rahmen einer integrierten Bildungsplanung mit Fokus auf die bestehende Sozialraumtypologie zu verbinden. Das klingt sehr sperrig, ist aber dringend notwendig. Inzwischen plant die Schulverwaltung eine Arbeitsgruppe, welche sich mit dem Thema auseinandersetzt und auch Mitglieder des Bildungsbeirates werden darin mitarbeiten. Weitere Themen waren Schulabstinenz (Schulverweigerung) und Seniorenbildung. Zu letzterem stellten wir große Defizite fest und es erscheint mir notwendig, dass RGR auch dort mit einem eigenen Antrag reagiert. Bleibt zu hoffen, dass es in Zukunft gelingen wird, mehr von den Inhalten in die Öffentlichkeit zu bringen. Der nächste Bildungsbeirat findet am 5. September um 16.30 Uhr im Rathaus (Festsaal) statt. Die Öffentlichkeit ist uns willkommen.

Macht nicht so viel Müll!

Umweltbelastendes Müll-Verhalten ist die Folge neoliberaler Lebensweise. Ein wesentlicher Punkt wird künftig die verstärkte schulische Abfallerziehung durch die Abfallabteilung der Stadt sein.

von Andreas Naumann

Anfang August 2018 fand in Gruna eine Bürgerversammlung zur Situation beim Umgang mit dem Abfall statt; also umgangssprachlich zum Müllverhalten.

Die Initiatoren waren der Verein Sigus und Dr. Frank Urban vom Ortsverband der LINKEN Blasewitz. Die öffentliche Veranstaltung war gut organisiert, fand in der Begegnungsstätte Fidelio der Volkssolidarität bei guter Bürgerbeteiligung statt. Die Veranstalter hatten die zuständige Ortsamtsleiterin Frau Günter und den Abteilungsleiter für Abfallwirtschaft der Stadtverwaltung sowie mich als LINKEN Stadtrat als Experten eingeladen.

Das Thema der Veranstaltung, das sich seit Monaten als Anstoß und zum Unbehagen entwickelt hat, sind die städtischen Abfallcontainer, in deren Umkreis einige Mitbewohner ihren Abfall, Sperrmüll und andere Ablagerungen entsorgen. Ebenfalls zur Sprache kamen bei der Gelegenheit die verdreckten Straßen und das Abfallverhalten der Bürger insgesamt. Dass dies kein Problem allein des Stadtbezirkes Gruna/ Blasewitz ist sondern stadtwweit eine Rolle spielt, wurde von mir dargestellt und von den Vertretern der Verwaltung bestätigt. Im Grunde genommen kann man diese Erscheinung der „verdreckten“ Städte in allen kapitalistischen Industrieländern beobachten, weil sie eine Folge der neoliberalen Wirtschaftsentwicklung sind.



Die Kommunen in der BRD sind im Rahmen der Daseinsvorsorge und aus ordnungspolitischen Gründen verpflichtet, ausreichend Kapazitäten bereitzustellen, so dass die Einwohner nicht weit von ihrem Wohnort ihren Abfall entsorgen können. Im Abfallwirtschaftskonzept der Stadt sind die Standorte und die Prinzipien zum Umgang mit dem Abfall geklärt; in der Reihenfolge Abfallvermeidung, -verwertung, -entsorgung.

Entsprechend dieses Konzeptes sind die wohnortnahen Abfalltonnen nach Abfallarten aufgestellt. Man kann feststellen, dass in der Stadt ein gutes Angebot zur Abfallabgabe vorhanden ist, es ist noch nicht optimal, aber ist ausreichend. Trotzdem kann man beobachten, dass die Sauberkeit in der Stadt in den

letzten Jahren schlechter geworden ist. Das betrifft die Straßen wie die Containerstandplätze und ist kein Problem des Stadtteils, sondern eigentlich der ganzen Stadt und im Grunde genommen der ganzen neoliberalen Lebensweise. Die Diskutanten verlangten zunächst mehr Abfallcontainer und Hinweisschilder, ehe die Diskussion zu den eigentlichen Ursachen gelangte, dem Abfallverhalten der Menschen. Fast alle Teilnehmer brachten Beispiele zum Fehlverhalten von Bürgern.

Politik und Stadtverwaltung haben ein gutes Netz zum abfallgerechten Trennen des Rohstoffs Abfall geschaffen. Er braucht nur genutzt zu werden - wird es aber von vielen nicht mehr. Verpackungen, die durch Versandhandel

wie Amazon extrem zugenommen und viele Alltagsgegenstände, die durch die Massenproduktion ihren Wert verloren haben, führen zu diesem Verhalten der Menschen. Es gibt viele Studien zu dieser Erscheinung. Eine Studie der Humboldt-Universität Berlin, die im Auftrag von zwölf deutschen, österreichischen und Schweizer Großstädten dieses Problem untersucht hat, hat vor allem zwei Altersgruppen festgestellt, die hierfür verantwortlich sind: Einmal junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren sowie Menschen über 50 Jahren.

In der Veranstaltung wurde durch mich zum couragierten Verhalten gegenüber den Bürgern, die unsere Umwelt belasten aufgerufen, was besonders von älteren Bürgern kritisch erwidert wurde, weil sie in solchen Fällen oft sehr unangenehm angegangen wurden. Aber ein wesentlicher Punkt wird wieder die verstärkte schulische Abfallerziehung durch die Abfallabteilung der Stadt sein, wie sie im Abfallwirtschaftskonzept festgeschrieben ist und natürlich das Konsumverhalten von uns allen. Wenn sich daran nichts ändert, wird sich auch in der Sauberkeit unseres Lebensraumes nichts ändern. Im Übrigen ist festzustellen, dass Abfall eben kein Müll ist, wie viele meinen, sondern ein veredelter Rohstoff, den wir der Erde entnehmen und genauso sollten wir ihn behandeln.

Ganz einfach.
Gesunde Zähne.

Ambulanzen in den Stadtteilen

Ambulanz in der Neustadt Eschenstraße 7 Tel.: 0351 8045103	Ambulanz in Gorbitz Braunsdorfer Str. 13 Tel.: 0351 4888468
Haus des Kindes, Johannstadt Dürerstraße 88 Tel.: 0351 4888270	Ärztelhaus Gruna Rosenbergstraße 14 Tel.: 0351 2549084
Ambulanz in Prohlis Prohliser Allee 10 Tel.: 0351 4888466	0351 2549070

Eines der zahlreichen Projekte: Die Kinder- und Jugendzahnklinik mit fünf Ambulanzen in den Dresdner Stadtteilen

Gemeinsam für ein soziales Dresden

von Pia Barkow

Ende September laden wir gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD die Träger der sozialen Arbeit in Dresden zu einem Fachtag „Sozialraumplanung – Gemeinsam für ein soziales Dresden“ ins Rathaus ein. Wir wollen gemeinsam mit den Vereinen, die seit Jahren in Dresden soziale Arbeit leisten darüber diskutieren, was sich in den letzten Jahren – nicht zuletzt unter rotgrünrotorange – verändert hat, welche Herausforderungen es gibt und wo Handlungsbedarf besteht. Traditionell sind die Träger in einem Schwerpunktbereich aktiv und arbeiten z.B. mit Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehenden, Arbeitssuchenden und Geringverdienenden, Geflüchteten oder Wohnungslosen. Wir wollen bei dem Fachtag gemeinsam mit den Expertinnen und Experten darüber sprechen, ob wir Strukturen so nutzen können, dass mehr Menschen erreicht werden können, dass wir die Strukturen mehr am Stadtteil orientieren und weniger an der Zielgruppe, ob und wie wir diese einzelnen Angebote gut und sinnvoll miteinander verzahnen können.

Ziel der Veranstaltung ist es, im direkten Gespräch, einerseits eine Zwischenbilanz zu den bisherigen Fördermaßnahmen zu ziehen und andererseits den Blick in die Zukunft richten. Unser Ziel ist es, den Sozialraum, also die sozialen Angebote im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger dem Bedarf entsprechend auszubauen und die verschiedenen Angebote bestmöglich aufeinander abzustimmen. Wie die Sozialraumplanung der Landeshauptstadt Dresden im sozialen Bereich voran gebracht werden könnte, das wollen wir mit ihnen in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen diskutieren.

Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, die Fachkräfte, die tagtäglich soziale Arbeit in Dresden leisten in solche Überlegungen einzubeziehen und deren Sachkunde und Expertise abzufragen. Wir hoffen, mit diesem neuen Format auch die Träger zu ermutigen, ihre Ideen einzubringen und damit hilfreiche Anregungen bekommen, die wir im Sozialausschuss aufgreifen können.



Foto: Christopher Colditz

Sonne, Sozialismus, Sommercamp

von Christopher Colditz

Jährlich treffen sich Mitglieder des Jugendverbandes linksjugend [‘solid] irgendwo in der Pampa, um sich zu vernetzen, an Workshops, Vorträgen und Debatten teilzunehmen und gemeinsam über die Zukunft zu diskutieren – oder kurz: eine Woche Ferienkommunismus. In diesem Jahr waren wir in Kuhlühle, in Brandenburg, nahe der Landesgrenze zu MeckPom.

Insgesamt eine Woche zelteten auch wir von der linksjugend Dresden mit 6 Genossinnen und Genossen auf dem idyllisch gelegenen Gelände und besuchten Workshops und Vorträge, trafen alte und neue FreundInnen und lernten internationale GenossInnen kennen. Wir freuten uns besonders darüber, dass der Bundesverband dieses Jahr GenossInnen von Razem (Polen), Socialistická Solidarita (Tschechien), Vasemmistonuoret (Finnland) und der

Jungen Linken (Österreich) eingeladen hat. In Vorträgen und in lockeren Gesprächsrunden am Abend berichteten sie uns von der politischen Situation in ihren Ländern, was sie bewegt und wie es ihnen als linke in ihrem Land ergeht. Ansonsten hat das Orgateam wieder ein buntes Potpourri von über 50 Vorträgen und Workshops mit theoretischen und praktischen Bezügen zusammengestellt, welche von vielen CampteilnehmerInnen besucht worden. So gab es zum Beispiel Vorträge zur linken Geschichte, der Frauenbewegung der ‘68er, zum Thema linker Kommunalpolitik, soziale Sicherung und ein Bedingungsloses Grundeinkommen, Antiziganismus in Europa, Popkultur&Politik und zu Streiks und Gewerkschaften. Auch Jörg Schindler, der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, besuchte uns und diskutierte kontrovers und spannend mit den Genoss*innen zum The-

ma „linkes Einwanderungsgesetz“. Aber auch an Workshops und Vorträgen mit ganz praktischem Bezug fehlte es nicht, welche vor allen neuen und jüngeren Genoss*innen viele Fähigkeiten vermittelten. Dabei standen unter anderem Fragen im Raum wie: Wie baue ich eine linksjugend Struktur auf? Oder wie politisch aktiv im ländlichen Raum sein? Wir organisiere ich mein eigenes Camp? Wie gute Öffentlichkeitsarbeit betreiben?

Die GenossInnen aus den anderen Ländern wiederum boten auch Vorträge an und berichteten uns, wie es bei dem Europäischen Jugendverband „Young European Left“ gerade läuft, hielten Vorträge zu Feminismus, der Kritik am Nationalismus oder zur europäischen extremen Rechten.

Aber auch der Spaß und die Erholung durften natürlich nicht zu kurz kommen,

neben einem herrlichen See, in dem wir uns bei den heißen Temperaturen abkühlen konnten, fanden Abends die kulturellen Beiträge statt. Von Poetryslam, über DJs aus unterschiedlichen Genres spielten auch Bands aus dem HipHop, Hardcore und Punk-Genre.

Mit frisch getankter Energie und Ideen freuen wir uns nach der Sommerpause wieder richtig durchzustarten und sind schon ganz gespannt, auf das nächste Sommercamp.



Christopher Colditz ist Mitglied des Koordinierungskreises der linksjugend Dresden und Jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen.

Sommer, Sonne, Inklusion

AG Inklusion feierte 3. Sommerpicknick bei schweißtreibenden Temperaturen

von Birger Höhn

Anfang August feierte die AG Inklusion im Dresdner Alaunpark ihr fast schon traditionelles Sommerpicknick. Bereits zum dritten Mal trafen sich die Mitglieder bei kühlen Getränken, Obst, Salaten und Bratwurst zum inklusiven Plausch unter heisser Nachmittagssonne.

Besonders haben wir uns gefreut, daß wir in diesem Jahr Kathleen Noack, die neu gewählte Inklusionsbeauftragte des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen, als Gast begrüßen konnten. Beide Seiten nutzten die Gelegenheit, um in einen ebenso guten wie intensiven Dialog und Austausch zu kommen. Es wurde eine weitere Zusammenarbeit vereinbart.

Das nächste Treffen der AG Inklusion wird am 10. September um 18 Uhr in der WIR AG stattfinden. Themen, die die AG Inklusion in der nächsten Zeit beschäftigen werden, wird der Infotisch bei den

Stadtparteitagen (wie z. B. Am 10.11.) sein, die Wanderausstellung vom Para Normal Life Style Team – eine inklusive Initiative von und mit Menschen mit Querschnittlähmung, die nach Dresden geholt werden soll. Und natürlich, wie bereits geschrieben, die Intensivierung mit Kathleen Noack als Landesinklusionsbeauftragte. Ausserdem soll zusammen mit der AG Bildung eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Freie Alternative Schulen vorbereitet werden.

Die AG Inklusion wird sich auch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten an der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms DIE LINKE. Dresden beteiligen. Und dazu steht natürlich noch der 03. Dezember, der Welttag der Menschen mit Behinderungen, auf dem Programm. Also, viel zu tun!! Die AG freut sich daher sehr über neue aktive Mitglieder.



Kathleen Noack (links), die neue Inklusionsbeauftragte der LINKEN Sachsen, beim Sommerpicknick der Dresdner AG Inklusion
Foto: Kathleen Noack

SEPTEMBER

**01 Kundgebung zum Weltfriedens-
tag mit Dietmar Bartsch und
André Schollbach**

16 Uhr | Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie

06 Ortsvorstand Pieschen16 Uhr | Bürgerzentrum Elsa | Richard-Rösch-
Straße 22**Ortsvorstand Plauen**18 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45**06 Die Verfassung der DDR
von 1968**Eine Veranstaltung von RotFuchs
10 Uhr | „Drogenmühle“ Heidenau | Dresdner
Straße 26**10 Stammtisch DIE LINKE. Prohlis**

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

Treffen der AG Inklusion

18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

11 Ältestenrat DIE LINKE. Dresden

09:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**Mitgliederversammlung des
Ortsverbands Altstadt**

17 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Aufstehen oder WeitergehenBasiskonferenz DIE LINKE. Dresden
19 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93**12 Treffen der AG Kommuni-
stische Plattform (KPF)**Thema: Gewerkschaft
17 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93**Fraktionssitzung**18:30 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus**13 Öffentliche Sitzung des
Stadtvorstands**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Stammtisch vom Ortsverband Neustadt

19 Uhr | Erlenklause | Hechtviertel

17 Offener Treff in Johannstadt17 Uhr | Johannstädter Kulturtreff | Eisen-
straße 35**Mitgliederversammlung
Ortsverband Plauen**18 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45**18 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Rathaus | Plenarsaal

**19 Quasselrunde
Altstädter Stammtisch**

18 Uhr | aha Café | Kreuzstraße 7

**Mitgliederversammlung
DIE LINKE NORD**19 Uhr | Klub der Volkssolidarität (VS)
Putzuser Weg 16**20 LINKE Teestube in der Wir AG**

17 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des
Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr

Rosa Luxemburg
Stiftung

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Di + Mi:
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Sozialberatung im Haus der Begegnung
Jeden Mittwoch 17 bis 19 Uhr
nach Anmeldung
Kontakt unter
sozialberatung@dielinke-dresden.de
oder 8583801

**KPF - Kommunistische
Plattform in der LINKEN**
jeden zweiten Mittwoch 17 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore



Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tho-
mas Feske, Jens Matthis, Katja Kip-
ping, Uwe Schaarschmidt, Christo-
pher Colditz, Dr. Cornelia Ernst, Rus-
lan Yavorski, Waldemar Peine, Ursula
Zierz, Tobias Pflüger, Florian Berndt

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
GmbH Cottbus





Ringelnatz: „Insel Hiddensee“ nacherlebt und Hiddensee erlebt im Juni 2018

von Waldemar Peine

Wir gehen von Bord der Fähre und sind auf Hiddensee.

Vor 12 000 Jahren, als der Meeresspiegel nach der letzten Eiszeit anstieg, wurde aus dem Geröll einer Endmoräne diese Insel. Nach menschlichem Maß versiege viel Zeit, bis unser Landsmann Joachim aus Wurzen ein wenig verklärt reimte:

*Fischerhütten, schöne Villen
grüßen sich vernünftig freundlich.*

Im Hafen ankern schmucke Jachten, kleine Boote und Kähne, passend zur harmonisierten Freundlichkeit von Armut und Reichtum aus ringelnatzger Sicht.

*Steht ein Häuschen in der Mitte.
Rund und rührend zum Verliebten.
„Karusel“ steht angeschrieben.
Dieses Häuschen steht in Vitte.*

Wir aber sind in Neuendorf an der Südspitze der Insel: Keine Villen, kleine

Häuser, ein christliches Gemeindehaus mit Glocke, die den Gemeinschaftsgeist des Fischerberufes wachhaltende Lütt- und Groth Party. Die Einfachheit hat sich erhalten. Eine Straße führt zum Hafen, ansonsten Pfade von Haus zu Haus. In den dort vorgelagerten Dünen lag über 900 Jahre ein Goldschatz verborgen, bis ihn ein Sturmhochwasser 1872 frei spülte. Kremser warten und werden zur Inselrundfahrt „voll geladen, voll mit alten Weibsen, voll mit Männern alten“. Auf einen Wagen „voll mit jungen Mädchen“ wartet der Kutscher umsonst. Die Jugend startet per Fahrrad.

*Und des Leuchtturms Strahlen segnen
Eine freundliche Gesundheit.*

Eine freundliche Gesundheit bietet die Insel an, obwohl der Leuchtturm nicht mehr strahlt. Sehr früh am Strand Wasser und Wind auf der nackten Haut zu spüren, war für mich erlebte Gesundheit und Freude.

Seit der Säkularisierung kirchlichen Eigentums gehört Grund und Boden von Hiddensee der Stadt Stralsund. Den Fischerfamilien stand ein Kartoffelstreifen zu. Kartoffel werden nicht mehr angebaut. Der Rechtsanspruch besteht noch immer.

Etwas Besonderes sind auch die immer wieder auftauchenden schwedischen Staatsfarben blau-gelb in Wimpeln und Wappen, bereichert mit landestypischen Symbolen. Asta Nielsen war allerdings Dänin. Ihr gehörte das Karusel, in welchem Ringelnatz mehrmals zu Gast war dichtete, malte und selig, tönliche Stunden verlebte.

Überrascht wurden und werden wir immer wieder von vergnüglichen Darbietungen heimischer und angereicherter Künstler: Natur beschreibende Kantaten und Sonaten aus der Kammermusik des Barocks für Gesangsstimme, Violine und Orgel im Gemeindehaus, Übungse-

lemente des Klassischen und Modernen Balletts, getanzt auf Rasen oder Sand am Neuendorfer Hafen und weiter im Land von den Studenten der Palucca-Schule Dresden, Gedichte und Prosa von Christian Morgenstern gelesen, rezipiert auf dem Netzboden der Lütt Partie.

Um dabei zu sein, verzichteten wir auf den Sonnenuntergang am Strand, verzichteten wir auf Stralsunder Bier und/oder auf den, auch von Ringelnatz geschätzten Rostocker Kümmel in der „Stranddistel“ oder in der „Boje“.

*Um die Insel rudern, dampfen,
Treiben, kämpfen Boote, Bötchen.*

Die von Stralsund und Schaprode die Insel ansteuernden, sich weithin vom Wasser abhebenden Fähren konnte Ringelnatz in seinen Gedichtzeilen noch nicht unterbringen.

CubaSI informiert

von Ursula Zierz

Kuba wird sich ab Januar eine neue Verfassung geben. Die derzeitige wurde 2002 teilweise reformiert. Sie entspricht jedoch nicht mehr den aktuellen Bedingungen, begründete Staatspräsident Miguel Díaz-Canel. Nachdem das Parlament den Entwurf nach heftigen Diskussionen einstimmig bestätigte, wird die in- und ausländische Bevölkerung ebenfalls bis zum 15. November diskutieren. Landesweit seien mehr als 135.000 Veranstaltungen in Stadtteilen, Arbeits- und Ausbildungsstätten geplant. 800.000 gedruckte Exemplare des Entwurfs waren bereits nach kurzer Zeit vergriffen. Die neue Verfassung kann in Kraft treten, wenn nach der Volksauswahl zwei Drittel der Abgeordneten im Parlament und anschließend die Mehrheit der im Land lebenden Kubaner in einem Volksentscheid dafür stimmen.

Der Entwurf hält an Sozialismus und Gemeineigentum an Produktionsmitteln, den Prinzipien des Humanismus, der Solidarität und des Internationalismus fest, sagte Soberón (Leiter der Verfassungskommission) und definiert sich künftig als »sozialistischer, demokratischer, unabhängiger und souveräner Rechtsstaat«. Zu den Kernpunkten gehört die Anerkennung eines privaten Wirtschaftssektors und des »freien Marktes« in einem eingeschränkten und kontrollierten Umfang. Mit der Verankerung von nichtstaatlichem Eigentum und Genossenschaften in der Verfassung soll ein Rechtsrahmen für den vor gut zehn Jahren eingeleiteten Prozess der Zulassung kleiner und mittlerer Privatbetriebe geschaffen werden. Die Produktions-



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Nächster Sammlungsstermin: 06. September 2018 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Begegnung

mittel und das Eigentum der strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren blieben weiterhin in den Händen des Staates. Auch der sozialistische Charakter des politischen Systems und die führende Rolle der Kommunistischen Partei in Gesellschaft und Staat sollen in der künftigen Verfassung festgeschrieben bleiben. Vorgesehen ist auch die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten und anderer führender Repräsentanten auf zweimal fünf Jahre sowie die Aufteilung der politischen Macht zwischen dem Staatsoberhaupt (Präsident) und einem Regierungschef (Premierminister).

Die westlichen Agenturen kritisieren natürlich die begrenzte Zulassung von Privatbesitz und unterschlagen die folgenden Verfassungspunkte, die welt-

weiten Modellcharakter haben könnten wie der »Schutz und Erhalt der Umwelt« sowie die »Verpflichtung zur Bekämpfung des Klimawandels«, die »Demokratisierung des Cyberspace«, also des Internets, sowie das Verbot von dessen »Missbrauch für subversive Aktivitäten zur Destabilisierung souveräner Staaten«. An die Seite bereits bestehender fortschrittlicher Rechte wie dem der Frauen auf gleiche Entlohnung für gleichwertige Tätigkeit oder den auf Arbeit und Wohnraum sollen weitere treten, z. B. die gleichgeschlechtliche Ehe. Festgeschrieben wird auch das Verbot der Verbreitung und Anwendung von Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen sowie der Unterstützung jeglicher Form des Terrorismus und Staatsterrorismus.

Infos der AG Cuba Si Dresden

Am 06.09.2018 findet von 10- 14 Uhr die nächste Sachspendenaktion statt. Fahrräder können wieder mit Defekten abgegeben werden, da in Berlin ein gleicher „Gemeinnütziger Verein“ für Reparaturen gefunden wurde. Spenden können immer nach Möglichkeit mit Namen bei Kristin im Büro abgegeben werden und müssen eine gute Qualität haben! Am 02.11. 2018 beabsichtigen wir im HdB einen Kubaabend zum Thema: „Kuba im Wandel“ durchzuführen. Nähere Infos folgen. #UnblockCuba startete vor Monaten in Social Media die Bitte um Unterstützung im Kampf gegen die US-Blockade und deren Auswirkungen.



Investieren in die Energiewende! Jetzt!

von Cornelia Ernst

Die bedrohliche Trockenheit in diesem Jahr, das Niedrigwasser und die extremen Wetterereignisse zeigen es: der Klimawandel ist bereits in vollem Gange, und die Zeitungen schreiben schon vom „Klimawandel in Mitteleuropa“. Den Bauern im Osten und Norden von Deutschland drohen empfindliche Ernteaussfälle.

Ende 2015 einigten sich 195 Staaten weltweit darauf, dass die globale Temperatur nicht mehr als 2 Grad ansteigen darf. Nun soll beim nächsten Klimagipfel, der am 3. Dezember 2018 in Katowice (Polen) beginnt, eine Bestandsaufnahme gemacht werden: reichen die Reduktionsziele der Unterzeichnerstaaten aus, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten? Und wie sollen die Richtlinien für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens aussehen? Für die EU müssen wir leider feststellen: die selbstgesteckten Reduktionsziele für den CO₂-Ausstoß reichen bei weitem nicht aus. Das Ziel liegt bei gerade 40 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030, müsste aber bei mindestens 55, besser bei 70 Prozent liegen, um das Zwei-Grad-Ziel von Paris noch einzuhalten. Hier muss also dringend nachgebessert werden. Und das bedeutet: wir müssen bei der Erzeugung von Energie zukünftig auf Kohle verzichten.



ten. Zumindest die zwanzig dreckigsten Kohlekraftwerke in Deutschland müssen wir sofort abschalten, sonst kommen wir nicht mal in die Nähe des Zwei-Grad-Ziels. Bis spätestens 2035 müssen wir komplett aus der Kohle aussteigen, jedoch haben weder Deutschland noch Polen ein Ausstiegsdatum festgelegt.

43 Prozent des Stroms in Deutschland kommt aus der Braunkohle, in Polen kommen 80 Prozent des Stroms aus Stein- und Braunkohle. Beide Länder müssen massiv in erneuerbare Energien investieren und gegensteuern, denn momentan nimmt der Ausbau der Erneuerbaren in der EU sogar ab. Und: solange so viel Kohlestrom im Netz unterwegs ist, „verstopft“ er quasi das Netz und erlaubt kein schnelleres Wachstum der erneuerbaren Energien.

Der Strukturwandel, der durch den Kohleausstieg zwangsläufig folgt, muss aber aktiv gestaltet werden: es müssen die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften, kleine und mittlere Unternehmen und Kommunalpolitiker*innen einbezogen werden.

Das Braunkohleunternehmen LEAG in der Lausitz hat seine Arbeitsplatzgarantie nur bis 2020 ausgesprochen - was danach kommt, ist ungewiss. Es ist also höchste Zeit, gezielt in alternative Sektoren zu investieren. Doch es sind nicht nur die erneuerbaren Energien auszubauen, es müssen auch der öffentliche Personennahverkehr und der Schienenverkehr gefördert werden. Dafür benötigen wir öffentliche Gelder, sowohl von der EU als auch von den Mitgliedsstaaten. Doch im mehrjährigen EU-Finanzrah-

men wird es bei den so wichtigen Strukturfonds Einbußen von fünf bis zehn Prozent geben, während andererseits plötzlich Milliarden in die Militarisierung der EU gehen. Allein 13 Milliarden Euro werden für einen EU-Fonds für Rüstungsforschung bereitgestellt - viel Geld, das besser in den sozial-ökologischen Umbau investiert werden sollte.

Die EU muss, bevor sie ihre Vertreter*innen zum Klimagipfel nach Katowice schickt, dringend das CO₂-Reduktionsziel heraufsetzen, auf mind. 55 Prozent bis 2030. Und sie muss gleichzeitig ein EU-Budget planen, das mehr und nicht weniger Gelder für den sozial-ökologischen Umbau bereitstellt. Dafür setzt sich die LINKE im Europaparlament ein.

Von öffentlichem Interesse

Für das Recht, Konzernchefs vor das Parlament zu zitieren

von Katja Kipping

Die Entscheidungen von Konzernen haben oft Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung. Denken wir nur an Skandale wie Dieselgate. Die Abgase beeinflussen die Lebensqualität in den Städten und können unser aller Gesundheit gefährden. Aufgabe gewählter Parlamente ist es, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Dies erfordert auch, dass die Politik selbstbewusster und entschiedener gegenüber Konzernen auftritt. In diesem Sinne unterbreite ich den Vorschlag, dass wir hierzulande eine Regelung aufgreifen, die u.a. aus den USA bekannt ist: das Recht des Parlaments und seiner Ausschüsse, auch Konzernchefs verpflichtend vors Parlament zu zitieren und zu befragen. Damit werden nicht alle Probleme gelöst und nicht alle Fehlentwicklungen gestoppt. Aber es gibt zumindest die Möglichkeit, mehr Transparenz herzustellen und die Verantwortlichen aus der Wirtschaft in aller Öffentlichkeit mit den demokratischen Anliegen zu konfrontieren.

Es geht dabei auch darum, die Demokratie und die Interessen der Bevölkerung gegenüber den reinen Profitinteressen der Konzerne und großen Firmen zu stärken.

Konzerne, deren Chefs sich Fragen des Parlaments stellen sollten

Deutsche Wohnen - Berlins größter Vermieter ist Symbol für renditege-



triebenes Vermietungsgeschäft: Die Vorstandsvergütungen haben sich im Vorjahr vervielfacht, während es gleichzeitig massenhaft Beschwerden von Mieter*innen gab. Der Vorstand war deshalb ins Berliner Abgeordnetenhaus eingeladen, hat sich jedoch verweigert.

Rüstungskonzerne wie Heckler & Koch sind immer wieder in der Kritik. Selbst wenn man nicht wie DIE LINKE für einen Stopp aller Rüstungsexporte ist, sollte einen nicht kaltlassen, dass hier mittlerweile wegen einiger rechtswidriger Deals Strafverfahren laufen. Jenseits der strafrechtlichen Verfolgung gibt es bei solch heiklen Deals durchaus auch ein Interesse der

Öffentlichkeit, die Vorgänge politisch zu diskutieren, nicht zuletzt weil die Bundesregierung offensichtlich ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommt.

Konzerne, die auf besonderes Lohndumping setzen

Um nur ein Beispiel von vielen zu nennen: der Klinikkonzern Helios stand in der Vergangenheit immer wieder in der Kritik, weil seine Leitung in besonderem Maße auf Dumping bei Arbeits- und Gehaltsstandards setzt.

Wo ist das schon üblich?

In den USA ist dieses Recht des Senats sehr etabliert und breit akzeptiert.

Die Grundlage dafür findet sich bereits in den Federalist Papers. Doch dieses Recht gibt es nicht nur in den USA. Eine Zusammenstellung des Wissenschaftlichen Dienstes, die ich in Auftrag gegeben habe, führt aus, dass ähnliche Regelungen auch in Frankreich und Kanada gelten. In Frankreich dürfen die Ausschüsse der Nationalversammlung auch Konzernchefs vorladen. Das Nichterscheinen kann mit einer Geldstrafe belegt werden. Diese Ausschusssitzungen sind presseöffentlich. In Kanada haben die meisten Ausschüsse dieses Vorladerecht. Zu erscheinen und auszusagen ist Pflicht. Die Befragungen finden in der Regel öffentlich statt.

In Deutschland haben nur die Untersuchungsausschüsse ähnliche Rechte wie der US-Senat. Doch die Untersuchungsausschüsse hierzulande haben eine hohe Schwelle und erfordern ein entsprechendes Quorum. Außerdem dauert es in der Regel länger bis ein solcher Untersuchungsausschuss eingerichtet ist. Eine Befragung eines Konzernmanagers zu einem aktuellen Thema durch das Parlament kann so zeitnäher erfolgen.